Kritik am Internationalen Währungsfonds : IWF-Politik ist kein Mittel gegen die Wirtschaftskrise

Autor(en): **Magri, Jules**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **76 (1984)**

Heft 5

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-355189

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

IWF-Politik ist kein Mittel gegen Wirtschaftskrise

*Jules Magri**

Der Internationale Währungsfonds (IWF) spielt in der heutigen Verschuldungskrise eine sehr wichtige Rolle. Im Zusammenhang mit den Milliardenschulden und riesigen Zinslasten der Entwicklungsländer wird er in Zeitungsberichten immer wieder genannt. Was ist der IWF, betreibt er eine gute oder schlechte Politik? Diese Frage beantwortet *Dr. Wolfgang Kessler* in seinem Buch *«Der Internationale Währungsfonds und die Sozialdemokratie»* 253 Seiten, Verlag W. Hartung-Gorre, Hegaublick 2, D-7750 Konstanz 1982, DM 29.80), indem er die Entwicklung der Wirtschaft und des Dollars der USA sowie des Weltwährungssystems darstellt, anschliessend die Funktionen des IWF nach dem Zweiten Weltkrieg analysiert.

Organisation und Politik des IWF

Zu den Aufgaben des IWF gehört, die Stabilität der Währungen zu fördern und Kredite zur Verfügung zu stellen, um Zahlungsbilanzdefizite zu beseitigen. Kessler zeigt die Organisation und Arbeitsweise des IWF auf. Er beweist damit, dass der IWF von den USA, den kapitalkräftigen Industrieländern und den multinationalen Konzernen beherrscht wird.
Die Kreditpolitik des IWF erläutert Kessler aufgrund sorgfältiger Interpretation vieler Wirtschaftsstatistiken besonders am Beispiel Englands, dessen Anteil am Welthandel fortwährend sank, zu Defiziten in seiner Zahlungsbilanz und zu Kreditgesuchen an den IWF führte.
Der IWF vertritt die Auffassung, dass Zahlungsbilanzdefizite vor allem durch hohe Inflationsraten verursacht seien. Ein steigendes inländisches Preisniveau erhöht die Nachfrage nach Importen, während die ausländische Nachfrage nach Exporten aufgrund der inländischen Preissteigerungen sinkt. Hauptursache der Inflation seien: Verteilungskämpfe um das Volkseinkommen, also die Lohn-Preis-Spirale; dann steigende investive und konsumtive Ausgaben der Regierung, um die sozialen Probleme des Landes zu lösen.
Aufgrund seiner Auffassungen stellt der IWF folgende Kreditbedingungen: restriktive Geldpolitik zur Bekämpfung der Inflation, eventuelle Erhöhung der Zinssätze, Kürzung der Staatsausgaben durch Verringerung der Sozialausgaben und Senkung der staatlichen Investitionen, eine Abwertung der Währung, welche die Exporte verbilligt und die Importe verteuert, Vermeidung von Handelsbeschränkungen.

* Jules Magri ist Publizist in Zürich

Folgen der Kreditpolitik des IWF

Die britische Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgrund der vom IWF aufgezwungenen Kreditbedingungen konnte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft nicht verbessern. Die Nachfrage des Staates sank, und sie wurde durch die zusätzliche Nachfrage der Privatwirtschaft nicht ausgeglichen, weil die Nachfrage nach Erweiterungsinvestitionen zu gering war. Gute Gewinne wurden allenfalls in arbeitsplatzsparende Rationalisierungsmassnahmen investiert. Sinkende staatliche Sozialleistungen, steigende Preise und Arbeitslosigkeit provozierten Arbeitskonflikte, Streiks und neue Lohnforderungen. Die Kreditpolitik des IWF führte zu einer englischen Wirtschafts- und Sozialpolitik vor allem zulasten der Arbeitnehmer und sozial schwachen Bevölkerungsgruppen.

Kritik Kesslers am IWF

Kessler widerlegt die Auffassung des IWF, die chronische Inflation sei vor allem die Folge übermässiger Lohnforderungen und zu hoher Leistungen des Sozialstaates. Denn in den meisten Wirtschaftszweigen sind Kartelle und Oligopole die vorherrschende Marktform geworden, das heisst, verbandliche Preisabsprachen und marktbeherrschende Grossunternehmen begrenzen den Wettbewerb und halten die Preise über dem Preisniveau eines wirklich freien Marktes. Deshalb können heute auch in Krisenzeiten und bei sinkendem Absatz, welcher die Gesamtkosten je erzeugtem Stück Ware erhöht, diese steigenden Stückkosten auf die Preise überwälzt werden.
Vermachtung der Märkte, hohe Fixkosten der kapitalintensiven Produktion, die unabhängig von der erzeugten Warenmenge anfallen, das sind Hauptmerkmale der heutigen liberalkapitalistischen der Wirtschaft und die Hauptursachen der heutigen chronischen Inflation.
Kessler weist auf Tatsachen hin, die der IWF zu ignorieren scheint. Die multinationalen Unternehmen investieren heute in Ländern, in denen die Löhne und Sozialkosten viel tiefer, Rohstoffe und Energie billiger sind, ebenso staatliche Subventionen und Steuererleichterungen in Aussicht stehen. So verschaffen sie sich Konkurrenzvorteile im Heimatland, bedrängen die inländische Produzenten, drücken auf das inländische Lohnniveau und erzeugen derweise Massenarbeitslosigkeit. Das Kapitel der multinationalen Grossunternehmen und Besitzer grosser Vermögen fliesst ohne Rücksicht auf das Heimatland dorthin, wo die grössten Gewinne locken und das Zinsniveau hoch ist. Diese spekulativen internationalen Kapitalbewegungen destabilisieren die Wechselkurse und laufen den Bestrebungen der nationalen Regierungen zuwider, die inländischen Investitionen durch ein günstiges Zinsniveau und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen anzuregen.

Gut begründet urteilt deshalb Kessler: Die Kreditpolitik des IWF begünstigt weltweit ein Sinken der Nachfrage, sie ist kein Mittel zur Behebung von Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, und sie ist also letzten Endes auch nicht im Interesse grosser und multinationaler Unternehmen.
Kessler macht einleuchtend, dass durch eine stetige Ausweitung der staatlichen Nachfrage und Ausgaben die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit nicht bekämpft werden können. Denn gerade in Krisenzeiten sinken die Steuereinnahmen, weil die Unternehmensgewinne fallen, die Löhne stagnieren, und Arbeitslose zahlen sehr wenig oder gar keine Steuern. Verschuldet sich der Staat bei den Privatbanken übermässig, so führt das zu Zinssteigerungen und damit zur Verringerung der Investitionen. Hinzu kommt: Durch Sättigungserscheinungen auf manchen Märkten – zum Beispiel langlebiger Konsumgüter wie Kühlschränke, Radio- und Fernsehapparate – und den stetigen technischen Fortschritt, der einen fortwährenden Produktionszuwachs ermöglicht, müssten immer mehr staatliche Nachfrageschübe zur Herstellung der Vollbeschäftigung erfolgen.

Frage nach einer neuen, humanen, sozialen Wirtschaftsordnung

So provoziert uns Kessler nach einer neuen Wirtschaftsordnung zu fragen, die weder liberalkapitalistisch ist noch sich einseitig auf eine staatliche Wirtschafts- und Ausgabenpolitik stützt. Das könnte nur eine Wirtschaftsordnung sein, in der die Unternehmen genossenschaftlichen Charakter haben und deren Mitarbeiter an der Leitung, dem Kapital und Gewinn der Unternehmen beteiligt sind. Markt und Wettbewerb, gezügelt durch Nächstenliebe und soziale Gerechtigkeit, sowie die ganze Wirtschaft würden im Rahmen des erwirtschafteten Sozialprodukts durch die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die Wohlfahrt aller ausgerichtet und hingelenkt. Antimonopol- und Antiinflationspolitik, ausgeglichene Zahlungsbilanz, das Berücksichtigen von Wirtschaftszielen ersten Ranges – wie zum Beispiel Umweltschutz und Humanisierung der Arbeit –, Gleichgewicht zwischen Gesamtnachfrage und Gesamtangebot in der Volkswirtschaft: das sollten die Ziele und Kennzeichen einer künftigen Wirtschaftsordnung sein.
Eine Alternativkonzeption einer solchen neuen Wirtschaftsordnung zu erarbeiten und politisch gegen die heute herrschenden egoistisch-kapitalistischen Finanzmächte durchzusetzen, das ist Pflicht und Aufgabe aller sozial, menschlich und gerecht Gesinnten. Dazu fordern uns die Millionen Arbeitslosen, die Entrechteten und Hungernden in den Entwicklungsländern auf. Zu dieser Schlussfolgerung führt uns Kesslers Buch, das über den IWF gründlich und kritisch informiert.